

Chinesische Investitionen in Europa besser kontrollieren – mehr Europäische Geschlossenheit im Umgang mit China.

Beschluss des Deutschlandtages vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

Wir fordern:

1. Striktere Regeln für chinesische Investitionen in Deutschland. Die Bundesregierung soll striktere Auflagen für Investoren aus China

In der Vergangenheit haben chinesische Investoren in Deutschland mehrere Firmen aufgekauft, deren Entwicklungen innovativ und weltweit einmalig waren. Die chinesischen Investoren zielen vor allem auf mittelständische Unternehmen aus den Bereichen Energiesysteme, Robotik, sowie Biotechnologie ab, sowie Anteile in deutschen Groß- und DAX-notierten Unternehmen. Dies geschieht im Rahmen der Strategie „Made in China 2025“, deren Ziel es ist, China zum führenden Industriestandort auszubauen, was direkte Konkurrenz für den Standort Deutschland bedeuten würde. Die Investitionsbedingungen beruhen nicht auf Gegenseitigkeit: Deutschen Investoren vor Ort sind auf chinesische Partner angewiesen und erleben wesentliche Einschränkungen ihrer Tätigkeit. Wir fordern, dass diese Ungleichheiten behoben werden und chinesische Investoren strikteren Prüfungen unterzogen werden

2. Mehr Geschlossenheit in Europa im Umgang mit Investitionen aus China: eine Datenbank chinesischer Investitionen einrichten

Wir fordern auf europäischer Ebene, nach dem Vorbild der USA, eine Datenbank aller in der EU aktiven chinesischen Investoren aufzubauen, damit klar erkennbar ist ob es sich um staatliche oder private Akteure handelt. Eine einheitliche Übersicht der chinesischen Investitionen kann ermöglichen zu sehen, welche Branchen und geografischen Regionen besonders geschützt werden müssen und in welchen chinesische Investitionen zum strukturellen Wachstum beitragen könnten. Die geografische Verteilung ist auch zwingend nötig, da Länder mit großen Anteilen chinesischer Investitionen dazu verleitet werden die Europäische Einigkeit im Umgang mit China zu schwächen und ein Interesse daran haben könnten, z.B. in Fragen der Menschenrechte den Druck der EU zu schwächen. Gerade angesichts der sich stets verschlechternden Situation der Menschenrechte in China kann sich Europa aber nicht leisten erpressbar zu werden. Insbesondere die Investitionen, die im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ (BRI), der Seidenstraßeninitiative der chinesischen Regierung getätigt werden, müssen erfasst und anschaulich gemacht werden. Dies würde Regierungen, Parlamenten und NGOs ermöglichen die im Rahmen von BRI umgesetzten Projekte zu beobachten und zu kontrollieren, ob die Menschenrechts- und Qualitätsstandards der EU bei deren Umsetzung eingehalten werden.